



TITLE:

# Integrationsmöglichkeiten und -massnahmen Japans im ostasiatischen Raum

AUTHOR(S):

Imakubo, Sachio

---

CITATION:

Imakubo, Sachio. Integrationsmöglichkeiten und -massnahmen Japans im ostasiatischen Raum. 京都大学大学院経済学研究科Working Paper 2003, 65

ISSUE DATE:

2003-01

URL:

<http://hdl.handle.net/2433/37944>

RIGHT:



**Integrationsmöglichkeiten und -maßnahmen Japans  
im ostasiatischen Raum**

Professor Dr. Imakubo, Sachio  
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Universität Kyoto

Januar 2003

Graduate School of Economics  
Faculty of Economics  
Kyoto University  
Kyoto, 606-8501 JAPAN



**Integrationsmöglichkeiten und -maßnahmen Japans  
im ostasiatischen Raum**

Professor Dr. Imakubo, Sachio  
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Universität Kyoto

Januar 2003

## 1. Einleitung

Die WTO entwickelt sich auf Grund der anwachsenden Zahl an Teilnehmerstaaten auf 144, des damit verbundenen komplizierten Interessenausgleiches, der Untauglichkeit neuer Ordnungs- und Regelungsbildung sowie der anderen Faktoren zu einer schwer beweglichen Organisation.

Demgegenüber sind seit den 90er Jahren die lebhaften Bewegungen zur Schließung des Abkommens regionaler bzw. bilateraler Freihandelszonen (*Free Trade Area*: FTA) oder des ökonomischen Partnerschaftsabkommens (EPA) zu verzeichnen. Derartige Bewegungen sind nunmehr zum Hauptstrom der wirtschaftlichen Kooperation in der Welt geworden, wie die Tatsache zeigt, daß ca. 85 % des Gesamtwelthandels im Jahre 2000 von den an regionaler bzw. bilateraler Integration teilnehmenden Staaten getragen wird.<sup>1)</sup> Auch in Ostasien ist seit der Asienkrise eine Ausrichtung zur FTA bzw. zum EPA zu verzeichnen.

Im Gegensatz zu anderen Ländern hatte Japan sich bis in die 90er Jahre an keinem regionalen und bilateralen FTA-Abkommen bzw. EPA beteiligt. Japan schien angesichts des weltweiten Stroms regionaler Integration in eine rückständige und damit isolierte Position geraten zu sein. Erst vor kurzem stellte das Land die Weichen seiner Außenwirtschaftspolitik um, um so der Isolationsgefahr vorzubeugen. Japan tat damit einen Schritt zur bilateralen FTA bzw. zur regionalen wirtschaftlichen Integration als ergänzende Institution multilateraler Abkommen.

Die Hauptzielregion dieser Politik ist Ostasien. Japans Ausrichtung auf regionale Integration scheint jedoch im Gegensatz zu den Integrationsbemühungen der ASEAN-Mitgliedstaaten und der raschen Entwicklung der Integrationsstrategie Chinas immer noch zurück zu bleiben. Als Hauptgründe dieser Zurückstellung werden häufig das Fehlen eines strategischen Grundkonzepts für die regionalen Integrationsvorhaben, sowie der Agrarprotektionismus genannt.

In wieweit trägt nun die Weichenstellung von Seiten Japans zu einer Politik der regionalen Integration und, damit verbunden, zur Entwicklung der Wirtschaftspolitik für die Befreiung Japans aus der Isolation, und damit zu seiner künftigen Integration in den ostasiatischen Raum bei?

Es ist die Aufgabe dieses Vortrags, Integrationsmöglichkeiten und -maßnahmen und damit zusammenhängende Probleme unter besonderer Berücksichtigung der Grundkonzeptproblematik für die Reform der Industriestruktur, der Markteröffnung für Agrarprodukte und

der Chinapolitik zu untersuchen.

## **2. Faktoren der Kursänderung der Außenwirtschaftspolitik Japans**

Zunächst werden die Hintergründe für die Kursänderung der japanischen Außenwirtschaftspolitik als eng zusammenhängende Faktoren für Integrationsmöglichkeiten Japans in den ostasiatischen Raum aufgezeigt.

### **2.1 Außenwirtschaftspolitische Faktoren**

Seit zwanzig Jahren hat die ostasiatische Region durch die von Japan angeführte wirtschaftliche Entwicklung ein hohes wirtschaftliches Interdependenzverhältnis hervorgebracht, das in den letzten Jahren weiter vertieft wurde. Eine Statistik über japanische Handelspartner im Jahre 2000 zeigt, daß Ostasien mit 39.6 % einen weitaus größeren Anteil daran hat als die USA und die EU, deren Anteile jeweils 25.0 % und 14.6% betragen. Das bedeutet einerseits, daß die Voraussetzung für eine institutionelle wirtschaftliche Kooperation zwischen Japan und Ostasien entwickelt ist. Andererseits erhalten jedoch ostasiatische Länder noch immer relativ hohe Tarifniveaus was auf die Entwicklung der japanischen Wirtschaft hemmend wirkt. So liegen die Tarifsätze (im einfachen Durchschnitt) im Jahre 2000 für Indonesien bei 37.5 %, für Thailand bei 25.8%, für die Philippinen bei 25.6%, für Korea bei 16.1%, für Malaysia bei 14.5%, für China bei 10.0%, für die USA bei 3.6 %, für die EU bei 4.1 % und für Japan bei 2.9%. Diese Zahlen geben Japan ein starkes Motiv, die Integration in Ostasien durch FTA bzw. andere wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen anzuregen. 2)

Daß Japan sich nicht am regionalen Integrationsstrom beteiligt hat, der nach Ende des kalten Krieges in starkem Ausmaß zu verzeichnen war, hat einen negativen Einfluß nicht zuletzt nur in Bezug auf Zollhemmnisse bei Auslandsgeschäften japanischer Unternehmen. Das Verhältnis zwischen Japan und Mexiko ist ein typisches Beispiel für derartige Handelseinschränkungen, da Mexiko als Mitglied der NAFTA auch ein Freihandelsabkommen mit der EU beschlossen hat und die Gestaltung der auswahlweisen Vorzugsbehandlung zum Grundprinzip seiner Außenhandelspolitik macht. Japanische Unternehmen stehen in Ostasien vor einem ähnlichen Problem, was von Seiten der japanischen Regierung entsprechende Maßnahmen verlangt. 3)

Im Zuge der Asienkrise erfüllten internationale Organisationen, wie der IMF, nicht nur nicht

die Erwartungen ostasiatischer Länder, sondern sie vertieften gleichzeitig die Krise mit strengen Anforderungen von *Structural Conditionality*. Wie oben deutlich wurde, läßt die Reaktionskompetenz der WTO in den letzten Jahren im Bereich der ökonomischen Integration immer mehr zu wünschen übrig. Aus Anlaß der Reaktion Japans und anderer ostasiatischer Länder gegen den Versuch der USA, Kanadas und Australiens in den Jahren 1996 bis 1998, die Verhandlung für die EVSL (*Early Voluntary Sectoral Liberalization*) voranzutreiben, verliert die APEC bei der Liberalisierungsdiskussion ihre "Zentripetalkraft". Die APEC enttäuschte die ASEAN-Länder mit ineffektiven Maßnahmen gegen die Währungs- und Devisenkrise und neigt neuerdings stark zu politischen Aufgaben, wie etwa Maßnahmen gegen den internationalen Terrorismus. So verstärkt sich unter den ostasiatischen Ländern, einschließlich Japans, immer mehr die Forderung nach einer Rahmenkonstitution für eine alternative wirtschaftliche Integration bzw. Kooperation.

In Südostasien sorgte man sich um den Rückschlag der AFTA, weil der intra-ASEAN-Handel sich nicht wie erwartet entwickelte. In einigen ASEAN-Ländern waren sogar Spuren von Protektionismus zu verzeichnen. Singapur neigt zur Schließung des bilateralen FTA-Abkommen mit Ländern außerhalb ASEANs als Reaktionsmaßnahme auf den Protektionismus. Desweiteren gab es Gegenmaßnahmen von Thailand und anderen Ländern, d. h. es wurde eine ähnliche Form des bilateralen FTA auch mit Ländern außerhalb ASEANs verfolgt. Unter diesen Ausrichtungen gab es eine Bewegung, die sogar den außerostasiatischen Raum erreichte. Außerdem wurde Japan ein Vorschlag zur Kooperation unterbreitet. 4)

Andererseits schlug US-Präsident George Bush im Oktober 2002 beim APEC-Gespräch mit ASEAN-Spitzenpolitikern das *Enterprise for ASEAN Initiative* (EAI) vor, das sich zum Ziel setzt, die Schließung des bilateralen FTA-Abkommens mit einzelnen ASEAN-Ländern und damit endlich die Erweiterung des FTA-Netzwerks auf die gesamte ASEAN zu verwirklichen. Dies gibt Japan einen erneuten Impuls, seine Ausrichtung zur Schließung des FTA/EPA mit ASEAN zu verstärken. 5)

Auffallend ist in den letzten Jahren die Tendenz zur regionalen bzw. bilateralen Kooperation innerhalb Ostasiens. Am auffallendsten ist die FTA-Konzeption zwischen China – das gerade die Teilnahme an der WTO erfolgreich verwirklichte – und ASEAN, die quasi plötzlich ins Leben gerufen wurde und sich rasch entwickelt. Durch gute Vorbereitung gelingt es China bei

ASEAN+3 Gipfelgesprächen am 5. November 2001 das Einverständnis von ASEAN zu einer gemeinsamen Zielsetzung bei der Schließung des FTA-Abkommens innerhalb von zehn Jahren zu erwirken. Nur ein Jahr später, also zu Beginn November 2002, unterzeichneten die Spitzengremien beider Seiten ein "Abkommen für die umfassenden wirtschaftlichen Kooperationen", das die Rahmenbedingungen des FTA-Abkommens bestimmt. In diesem Zusammenhang einigten sich beide Seiten auch darauf, daß ab 2003 "richtige" Verhandlungen beginnen, und bis 2010 die gesamten Tarife, abgesehen von einigen Ausnahmen, zwischen China und sechs ASEAN-Ländern (Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen und Brunei) vollständig abgeschafft werden sollen. Den Termin für die Schließung des FTA-Abkommens mit vier späteren ASEAN-Mitgliedsländern, Vietnam, Laos, Myanmar und Kambodia verlegte China auf 2015.

ASEAN und China einigten sich zusätzlich darauf, daß bis zu Beginn 2004 eine Zolltarifsenkung für Agrarprodukte in den acht Produktbereichen begonnen und innerhalb von drei Jahren dieser Tarif völlig abgeschafft werden soll. Zudem werden beide Seiten im Bereich des Agrarsektors auf dem Schwerpunkt der Manpowerausbildung kooperieren. Ein weiterer Konsens im "Rahmenabkommen" betrifft die Programme für die Telekommunikation, die Liberalisierung der gegenseitigen Investitionen und die Entwicklung der Einzugsbereiche des Mekong-Flusses. Die Tragweite des Abkommens ist damit ziemlich umfangreich. Um den Integrationsprozeß mit ASEAN mit weniger hemmenden Faktoren durchführen zu können, zeigte sich China im November 2002 gegenüber sechs Ländern – darunter Kambodscha und Vietnam – bereit, auf die Kreditrückzahlung in Höhe von ca. drei Milliarden Dollar zu verzichten.

Es besteht Grund zur Annahme, daß beide Seiten an einer beschleunigten Schließung des FTA-Abkommens interessiert sind. Mit der FTA und der damit verbundenen Belebung des Handels zwischen beiden Seiten wird ASEAN bereichert, da ASEAN sich so einen Anteil an der mit 7 % pro Jahr wachsenden chinesischen Wirtschaft sichert. Dafür strebt China die Übernahme der Führungsposition in Ostasien an und scheint deshalb zu versuchen, einen Keil zwischen die wirtschaftliche Verbindung Japans und der ASEAN zu treiben.<sup>6)</sup>

China's Integrationsstrategie und die positive Reaktion ASEANS darauf kamen der langjährigen, engen Kooperationbeziehungen zwischen Japan und ASEAN zuvor. Das rasche Voranschreiten dieses Integrationsprozesses motivierte Japan in starkem Maße dazu, rasche

Aufholungsmaßnahmen für die regionale Integration in Ostasien einzuleiten.

Die Integrationsprozesse zur FTA zwischen China und ASEAN stießen auch in anderen ostasiatischen Ländern und Regionen auf Kooperationsbereitschaft im ostasiatischen Raum. Um China von dem Integrationsprozeß abzulenken, ist Japan zur Kooperation aufgerufen. Diese Entwicklung ist natürlich richtungsweisend für den Kurs Japans zur regionalen Integration in Ostasien.

Zunächst einmal wird erwartet, daß sich Japan verstärkt um eine EPA-Kooperation mit ASEAN, und schließlich um eine FTA bemüht. ASEAN wird mit Sicherheit zunächst eine FTA mit China schließen, vertritt aber deutlich den Standpunkt, "daß die Verhandlungen der FTA mit Japan wichtig sind, um das Gleichgewicht zu China zu bewahren.". Daß die passive Haltung Japans zur Liberalisierung des Handels von Agrarprodukten bei ASEAN auf Besorgnis stößt, ob die Japanische Regierung ernsthaft eine FTA anstrebt, bringt ein gewisses Gefahrenbewußtsein von Seiten ASEANs zum Ausdruck, die diese Strategie mit Sicherheit vorantreiben will.<sup>7)</sup>

Zweitens: Um die Verstärkung vom EPA/FTA-Verhältnis zwischen Japan und ASEAN zu beschleunigen, rufen etwa Thailand und die Philippinen Japan dazu auf, einen bilateralen wirtschaftlichen Partnerschaftsvertrag zu schließen, nachdem Singapur bereits im Januar 2002 die JSEPA (*Agreement between Japan and the Republic of Singapore for a New Age Economic Partnership*) mit Japan schloß. Dieses Vorgehen ist auch ein Ausdruck des Interesses dieser Länder dafür, durch die Kooperation mit Japan ein Gegengewicht sowohl zu China in Ostasien, als auch zur regionalen Integration außerhalb Ostasiens zu schaffen.<sup>8)</sup>

Ein dritter Aspekt betrifft den FTA-Prozeß im Rahmen des ASEAN+3 Abkommens. Zunächst wurde der Rahmen von ASEAN+3 im Dezember 1997, also nach Ausbruch der Währungskrise, auf einen Vorschlag von Seiten der ASEAN ins Leben gerufen. Durch die Gestaltung eines Netzwerkes mit Hilfe des bilateralen Währungstauschabkommens, das durch die *Chiang-Mai-Initiative* im Mai 2000 angelegt wurde, strebte ASEAN+3 dann nach einer raschen Verstärkung der finanziellen sowie auch der industriellen Kooperation – einschließlich der Ausbildung geeigneter Arbeitskräfte. Die Kooperation trat im November 2000 in ein neues und intensiveres Stadium. Anlaß dazu bot der Vorschlag von chinesischer Seite, im Hinblick auf die künftige Schließung des FTA-Abkommens zwischen China und ASEAN gemeinsame Forschungen zu betreiben. ASEAN schlug daraufhin vor, zunächst die



Möglichkeiten eines Freihandelsabkommens zwischen ASEAN und drei Ländern - also Japan, China sowie Korea - zu prüfen. ASEAN schien dabei die Absicht zu verfolgen, der Gefahr einer drohenden Abhängigkeit von China umgehen zu wollen. Der Vorschlag, die FTA-Abkommen zwischen ASEAN und diesen drei Ländern zu schließen, wurde auch von Korea und den Philippinen vorgebracht, die damit ihr Interesse an der Schaffung eines Gegengewichts zu China, und damit für den Erhalt des wirtschaftlichen Gleichgewichtes in Ostasien bekundeten.9)

Viertens: Kurz nachdem Korea nach einer Währungskrise in eine Finanzkrise geraten war, erbrachte es in Nordostasien den Vorschlag, ein Investitionsabkommen mit Japan zu vereinbaren, um damit FDI (*Foreign Direct Investment*) einführen zu können. Im September 1998 begannen die Verhandlungen, und im Dezember 2001 gelangte man zu einer grundlegenden Einigung. Zudem zeigte Korea im November 1998 eine positive Haltung gegenüber der Konzeption für ein FTA-Abkommen zwischen Japan und Korea, und beteiligt sich seitdem aktiv an der Konzeptionsentwicklung. Im November 2002 machte der chinesische Premier Zhu Rongji den unerwarteten Vorschlag zur Schließung des FTA-Abkommens zwischen China, Japan und Korea, der eine wichtige Herausforderung für Japan darstellt.10)

Weil derartige Vorschläge meistens aus ostasiatischen Ländern vorgebracht wurden, die von der Asienkrise heftig erschüttert worden waren, rückte das Problem der zeitgeschichtlichen Belastung Japans gegenüber ostasiatischen Ländern zunächst nicht in den Vordergrund. Dies erleichterte Japan zwar die Ausrichtung der Ostasien-Integration, dennoch wird das Problem auch in der Zukunft nicht an politischer Bedeutung verlieren. Grund dafür ist der fehlende Wille von Seiten der japanischen Regierung, eine Stellungnahme zur zeitgeschichtlichen Belastung des Landes vorzunehmen, und zwar entweder vor oder parallel zur Ergreifung von Maßnahmen für die Ostasien-Integration. Dies zieht die Schlußfolgerung nach sich, daß Japan erneut eine äußerst günstige Chance der Stellungnahme zu seiner zeitgeschichtlichen Verantwortung verpaßt hat.

## **2.2 Inländische Faktoren**

In Japan wird behauptet, daß die Verstärkung der ökonomischen Kooperation zwischen Japan und Ostasien, einschließlich einer möglichen institutionellen Integration, zur Wiederbelebung

der japanischen Wirtschaft beiträgt, die seit langem unter den noch ungelösten Problemen der schlechten Anleihen, dem schwachen Finanzsystem sowie dem konjunkturbedingten Niedergang im Zeichen der Deflation leidet. "Daß Japan das starke Wachstum von Angebot und Nachfrage in Ostasien zu nutzen weiß, wird nicht nur die Reform inländischer Wirtschaftsstrukturen anregen, sondern gleichzeitig der inländischen Wirtschaft durch eine Ertragssteigerung japanischer Unternehmen und eine Aktienwertsteigerung sowie durch die Rückgabe von Investitionsgewinnen Auftrieb geben, wovon die gesamte Inlandswirtschaft profitiert".<sup>11)</sup>

All diese bedeutenden Faktoren sind Zeichen der Neuorientierung Japans auf eine Integration in Ostasien. Es liegt auf der Hand, daß die genannten Faktoren nicht nur auf Möglichkeiten, sondern gleichzeitig auf mit dem Integrationsprozess verbundene Schwierigkeiten verweisen.

### **3. Japanische Politik für die regionale Integration im ostasiatischen Raum**

Als nächstes wende ich mich der Frage nach der Art der ostasiatischen Integrationspolitik Japans zu. Dabei widme ich den Möglichkeiten und Problemen der regionalen Integration besondere Aufmerksamkeit.

#### **3.1 Grundlinien der Außenwirtschaftspolitik**

Die wichtigste Stütze der Grundlinien der Außenwirtschaftspolitik sei es, so formuliert es die die Außenwirtschaftspolitik tragende METI (*Ministry of Economy, Trade and Industry*), "die mehrschichtige Außenwirtschaftspolitik" voranzutreiben, wobei man wie bisher den multilateralen Rahmen nach WTO-Prinzipien als Hauptschwerpunkt betrachtet, zugleich aber auch verschiedene Kooperationsformen regionaler oder bilateraler Art berücksichtigt. Die Gründe dafür seien im Folgenden genannt:

- die schnelle Aufstellung neuer Regeln, die nicht im WTO-Rahmen gebildet sind,
- die Betonung der komplementären Rolle der WTO, sowie die regionalen bzw. bilateralen Abkommen zur Förderung der Liberalisierung des Welthandels,
- die Verstärkung des Einflusses Japans auf multilaterale Verhandlungen durch Kooperation mit dem jeweiligen FTA-Vertragspartner bei der Definition internationaler Regeln,
- die Verbesserung des Geschäftsklimas für japanische Unternehmen mittels der Schaffung günstigerer Bedingungen durch die Schließung des ETA-Abkommen bzw des EPA, sowie

die Förderung inländischer Strukturreformen.

Diese Grundlinien verdeutlichen klar die Wandlung der japanischen Außenwirtschaftsstrategie. Sie repräsentieren darüber hinaus die Grundkonzepte der Außenwirtschaftspolitik der heutigen Regierung.<sup>12)</sup> Wie später gezeigt wird, gibt es jedoch bezüglich der konkreten Umsetzung der Politik Unterschiede zwischen den einzelnen Ministerien, und dies wirft Probleme auf.

### **3.2 "Japans Strategie der FTA"**

Wie konzipiert und konkretisiert ist die FTA-Strategie tatsächlich?

Um diese Frage zu beantworten, bedarf es zunächst einer Untersuchung des Konzepts von "Japans Strategie der FTA", das vor kurzem vom für die FTA federführenden MFA (*Ministry of Foreign Affairs*) vorgelegt wurde. Aus der folgenden Stellungnahme geht deutlich hervor, daß das Konzept die derzeitige Richtung der japanischen regionalen Integrationspolitik bestimmt: "Das Wirtschaftsamt des Außenministeriums hat Gedanken zum heutigen Zeitpunkt für den Modus der FTA-Strategie zusammengefaßt, die Japan aus mittel- und langfristigem Standpunkt fördern muß", und zwar mit dem Ziel "die Wiederbelebung der Wirtschaft durch Bemühungen, den weltweit zu verzeichnenden Trend zur Schließung von FTA nachzuholen und zu beschleunigen".<sup>13)</sup>

Das Konzept läßt sich in den folgenden drei Hauptschwerpunkten zusammenfassen:

Zunächst verweist es auf die Notwendigkeit und die Vorteile der Schließung von FTA, wie sie bereits in den oben genannten "Grundlinien" betont wurden. Demzufolge sei die Liberalisierung eine Notwendigkeit für die weitere Entwicklung der Industriestruktur und die Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit Japans. Gleichzeitig sei eine Marktöffnung und Strukturreformen regulierter Bereiche oder des Agrarsektors unvermeidbar, um den Vorteil der FTA bzw. des EPA zu sichern. Das Konzept vergißt jedoch nicht zu betonen, daß es ein den Verlauf der neuen WTO-Verhandlungsrunden, und insbesondere der Agrarverhandlungen, in Betracht ziehende realistische Programm der FTA/EPA-Verhandlungen zu entwickeln gilt. Es verweist weiterhin darauf, daß es wichtig sei, bei der Durchführung der Strukturreformen zur Schließung des FTA-Abkommens bzw. des EPA eine zehnjährige Laufzeit als Aufschub zu verwenden und den Einfluß dieser Reformen auf die inländische Wirtschaft zu berücksichtigen.

Zum Zweiten sei der Schließung von FTA-Abkommen bzw. EPA mit ostasiatischen Ländern und Regionen als strategisches Ziel allererster Vorrang zu geben, um so die politische und wirtschaftliche Sicherheit in Ostasien aufrechtzuerhalten und den Ländern und Regionen Vorrang zu gewähren, die trotz enger Wirtschaftsbeziehungen auf Grund der relativ hohen Handelsmauer die Erweiterung der japanischen Wirtschaft hemmen. Zugleich wird die Notwendigkeit der Bildung eines Systems betont, das die harmonische Integration des rasch wachsenden Wirtschaftssystems Chinas in die Gesamtentwicklung Ostasiens fördert. Um dies zu gewährleisten sollte zunächst ein EPA bzw. eine FTA zwischen Japan und Korea sowie zwischen Japan und ASEAN verfolgt werden, mit dem Endziel einer umfassenden wirtschaftlichen Kooperation in Gesamtostasien, wobei Japan, China, Korea und ASEAN den Kern der Kooperation bilden und Ozeanien ins Blickfeld gezogen werden soll. Mit Bezug auf ASEAN sollte Japan die bilateralen Kooperationsbemühungen mit Thailand, den Philippinen, Malaysia und Indien auf der Basis des JAEPA-Rahmens unbedingt vorantreiben, da diese Länder ein positives Interesse an der Schließung eines bilateralen FTA-Abkommens bzw. des EPA mit Japan zeigen, und da der Handel zwischen Japan und diesen Ländern als auch japanische Investitionen in diese Länder den überwiegenden Anteil in ASEAN einnehmen. Mit Bezug auf CVML-Länder sollte Japan weiterhin unterstützend auf die "Integrationsinitiative ASEANs" und anderen bisherigen Kooperationsmaßnahmen wirken, um damit (unter entsprechender Rücksichtnahme) die Einigkeit von ASEAN durch, unter anderem, das Einbringen der Aufnahmeklausel für neue Mitglieder für künftige FTA-Abkommens- bzw. EPA-Schließungen vorzubereiten.

Auf mittel- und langfristige Sicht seien FTA/EPA auch mit anderen ostasiatischen Ländern und Regionen, einschließlich Chinas, zu untersuchen. In Bezug auf China sollte man zwar die künftige Möglichkeit von FTA/EPA erwägen, zunächst aber unter Berücksichtigung der Einhaltung der WTO-Regeln durch China, des chinesischen Wirtschaftstrends, der Gesamtsituation der japanisch-chinesischen Beziehungen, der Verhandlungsergebnisse neuer WTO-Runden, sowie auch der FTA/EPA-Verhandlungen Japans mit ASEAN und Korea. Um – einer Äußerung Koizumis im Januar 2002 zufolge –

"eine zusammenwachsende und sich vereint entwickelnde Gemeinschaft" durch die Erweiterung der wirtschaftlichen Kooperation Ostasiens heauszubilden, worin die Kooperation von ASEAN+3 den Kern bildet, sollte sich Japan einerseits die Schließung eines umfassenden



FTA-Abkommens bzw. des EPA mit Australien und Neuseeland zur mittel- und langfristigen Aufgabe machen, da diese im weiteren Sinne als "fortgeschrittene Länder in Ostasien" gelten. Andererseits sollten kurzfristig Maßnahmen zur Verstärkung der Kooperation in den Bereichen treffen, die für beide Seiten von Interesse sind, weil sie die höchst sensible Behandlung der Agrarprodukte betreffen. Dies ist ein Vorschlag zu einer zwei-Stufen-Kooperationspolitik.

Desweiteren fordert das Konzept, die Verhandlungen über FTA/EPA zwischen Japan und Mexiko umgehend in Angriff zu nehmen, um derzeitige ungünstige wirtschaftliche Bedingungen für japanische Unternehmen zu beseitigen. Mit seiner ca. 100 Mio. Menschen zählenden Bevölkerung und seinem GDP ist Mexiko nicht nur ein mit ASEAN 10 vergleichbarer Großstaat und stellt damit ein beachtliches Potential für japanische Unternehmen dar, sondern Mexiko ist gleichzeitig Japan's Eingangstor zum Markt des amerikanischen Kontinents.

Das Konzept legt weiterhin Möglichkeiten zur flexiblen Auswahl an Kooperationsbereichen vor. Zunächst müsse man nach dem Muster des fortgeschrittenen JSEPA umfassende Abkommen mit "geeigneten" Staaten schließen. Mit den Staaten, die für eine FTA noch nicht in Frage kommen, sollte man dagegen Abkommen "niedrigeren" Niveaus schließen und ihnen technische und sonstige Unterstützung sowie lange Übergangsperioden einräumen, um in der Zukunft Abkommen von möglichst hoher Qualität schließen zu können. Wenn die Agrar-, Forst- und Fischereiprodukte einen absoluten sowie relativ gewichtigen Anteil am Gesamtwarenhandel mit einem Land haben und somit die Liberalisierung auf japanischer Seite momentan nicht zur Debatte steht, gleichzeitig jedoch vom Service-Handel mit diesem Land ein WTO-Plus zu erwarten ist, dann sieht das Konzept eine Verfolgung der Möglichkeit des auf den Dienstleistungshandel spezialisierten FTA-Abkommens bzw. des EPA vor. Es könne auch Fälle geben, bei denen nicht die FTA/EPA-Schließung, stattdessen aber eine Kooperation in begrenzten Bereichen, wie z.B. Investitionsabkommen, Abkommen über die gegenseitige Anerkennung usw. das Ziel bestimmen, oder aber bilaterale Gespräche für die kooperative Durchführung der Deregulation geführt werden.<sup>14)</sup>

Dieses Strategiekonzept, daß die flexible Behandlung im In- und Ausland einräumt und – abgesehen von Mexiko – Ostasien als wichtigste Zielregion in den Vordergrund rückt und damit gewissermaßen die Vier-Etappen-Kooperationsvorgänge vorlegt, ist mit den politischen

Richtlinien von METI und anderen Ministerien konform und stimmt auch mit dem Standpunkt des führenden Wirtschaftsverbandes Nippon Keidanren überein.<sup>15)</sup>

Es gibt jedoch auch zwischen den Ministerien untereinander bzw. sonstigen Regierungsstellen Unterschiede. Bevor ich mich diesem Problem zuwende, möchte ich einen kurzen Einblick in die reale Integrationspolitik bieten.

a) Wie oben bemerkt, schloß Japan im Januar 2002 zum ersten Mal ein bilaterales EPA, einschließlich FTA, mit Singapur ab. Es tritt Ende November 2002 in Kraft.

b) Am 27. Oktober 2002 gelangte Japan mit Mexiko zum gegenseitigen Einverständnis, Interregierungsverhandlungen für das EPA, inklusive FTA, zwischen beiden Ländern zu beginnen. Die Gespräche zielen auf die Schließung dieses Abkommens im Herbst 2003.

c) Während der Verhandlungen zu Beginn November 2002 unterzeichneten Japan und ASEAN eine gemeinsame Erklärung, die vorsieht, ein umfassendes EPA einschließlich FTA "zum frühestmöglichen Zeitpunkt innerhalb der kommenden zehn Jahre" zu schließen. Beide Partner einigten sich darauf, ab 2003 die Verhandlungen zur Schließung des FTA-Abkommens zu beginnen. Premierminister Koizumi erklärte neben den Verhandlungen der FTA mit ASEAN auch die Bereitschaft, bilaterale Gespräche mit dem jeweiligen verhandlungsbereiten ASEAN-Mitgliedsstaat voranzutreiben.

d) Auf den Vorschlag des chinesischen Premiers Zhu Rongji vom November 2002 über die Schließung des FTA-Vertrags zwischen Japan, China und Korea reagierte Koizumi wie folgt: "Der Vorschlag muß unter einem mittel- und langfristigen Standpunkt überprüft werden" und "da China sich gerade an WTO beteiligte, wollen wir den Vorschlag unter Berücksichtigung der Bemühungen von chinesischer Seite bezüglich der Abschaffung bestehender Handelshemmnisse in Betracht ziehen und gut überlegen".

Diese vorsichtige Haltung Koizumis läßt auf die Sorge Japans über eine fortschreitende Aushöhlung der japanischen Industrie als Ergebnis der frühzeitigen Schließung von FTA-Vertrag mit China schließen.

e) Die ASEAN+3-Konferenz im November 2002 stimmte dem Bericht ihres Arbeitsausschusses zu, der einen Vorschlag zur mittel- und langfristigen Verwirklichung des FTA-Abkommens in Ostasien vorsieht. Die Konferenzteilnehmer stimmten dahingehend überein, daß jeder ASEAN-Mitgliedsstaat jeweils individuelle FTA mit Japan und China schließen soll. Die Stapelung solcher Einzelverträge sollen schließlich in eine ostasiatische

FTA münden.

f) Die koreanisch-japanische FTA-Forschungsgruppe, die im Mai 2002 in Spitzengesprächen beider Länder gegründet wurde, einigte sich am 10. Juli 2002 auf die frühe Schließung des FTA-Abkommens zwischen beiden Ländern, mit dem Ziel, innerhalb von zwei Jahren einen Bericht zu fassen und anschließend zu Regierungsverhandlungen überzugehen, um 2005 die Schließung des FTA-Abkommens verwirklichen zu können.

g) Zur Beschleunigung der zukünftigen Kooperation und Integration von Gesamtostasien schloß Japan nach der "*Chiang Mai Initiative*" 2001 das asiatische Währungstausch-Abkommen mit Korea, Malaysia, Thailand und den Philippinen. Im Mai 2002 kam es zum Abkommen mit China, und bis zum Herbst 2003 sind Indonesien und Singapur, und damit ein Abkommen mit fünf fortschrittenen ASEAN-Ländern geplant.<sup>16)</sup>

Die reale Integrationspolitik der japanischen Regierung entspricht in ihrer flexiblen Haltung bei der Auswahl der Zielregionen und -länder, der Reihenfolge der Integration und der Fortführung der FTA-Strategie gewissermaßen dem Konzept von "Japans Strategie der FTA" des MFA, sowie den Richtlinien anderer Ministerien oder Agenten. Man darf sagen, daß diese Richtlinien und Vorgaben vielmehr unter der Voraussetzung der Integrationspolitik von Seiten der japanischen Regierungszentrale konzipiert worden sind. In diesem Sinne gelten die Konzipierungs- und Durchführungsprozesse der Regierungspolitik zugleich als grundlegend für die Abstimmungs- und Koordinationsprozesse der jeweiligen politischen Maßnahmen der einzelnen Ministerien und zuständigen Stellen.

Man kann jedoch noch nicht behaupten, daß sich in den verschiedenen Regierungsgremien eine einheitliche Richtlinie für die FTA-Strategie gebildet hat. Ein Beweis dafür sind die unübersehbaren Unterschiede bei der Durchführung der Kooperationspolitik durch die zuständigen Regierungsorganisationen. Zum Beispiel legte die "informelle Versammlung für das EPA zwischen Japan und ASEAN", welche am 14. April 2002 vom Kabinettssekretär gegründet worden war, am 16. Oktober 2002 einen "Zwischenbilanzbericht" vor. In diesem ist sozusagen das Zweietappensystem als Partnerschaftsabkommen zwischen Japan und ASEAN erkennbar, das mit der Vorgehensweise des MFA übereinstimmt. Die Versammlung neigt jedoch zur starken Liberalisierung, und ihre Haltung unter anderem gegen die Protektionsmaßnahmen für die Landwirtschaft ist sehr schonungslos, und weicht von der milderen Haltung des Außenministeriums zur Liberalisierung ab.<sup>17)</sup> Dagegen schließt sich

das MAFF (*Ministry of Agriculture, Forestry and Fisheries*) zwar im Großen und Ganzen der Richtung vom MFA zur Schließung des FTA-Vertrags an. Bei der Frage der Marköffnung der Agrarprodukte opponiert es jedoch gegen eine Liberalisierung, wie später deutlich wird. Das Ministerium zeigt somit eine gegensätzliche Haltung zur "informellen Versammlung". Es wird deutlich, daß das MFA in diesem Punkt zwischen beiden Seiten steht. Die bestehenden Diskrepanzen zwischen den Ministerien bzw. zwischen Ministerien und Regierungsorganisationen stellen eine nicht unbedeutende Dispersion in der Grundrichtung der japanischen FTA-Strategie dar. Zum jetzigen Zeitpunkt ist auch kein klares Zeichen von Seiten der Regierung zu beobachten, daß auf Maßnahmen zur Koordinierung und Vereinheitlichung divergierender Tendenzen schließen ließe.<sup>18)</sup> Nicht das Fehlen eines Grundkonzepts für die Außenwirtschaftspolitik, sondern vielmehr diese Divergenz politischer Richtungen ist ein großes Problem, besonders weil sie Integrationsmöglichkeiten negativ beeinflußt bzw. behindert.

### **3.3 Probleme der "abgestimmten Innen- und Außenwirtschaftspolitik"**

Die Frage der Divergenz politischer Richtungen hat auch mit dieser Problematik zu tun. Die japanische FTA-Strategie bestimmt einen Teil der "abgestimmten Innen- und Außenwirtschaftspolitik" betrachtet. Ein anderer Teil betrifft die inländische Wirtschaftspolitik, insbesondere die Politik der Industriestruktur. Die inländische Wirtschaftspolitik ist jedoch nicht immer als koordinierte Einheit erkennbar. Zudem wird im Zusammenhang mit einer "abgestimmten Innen- und Außenwirtschaftspolitik" zwar häufig die Einwirkung der FTA-Strategie auf die wirtschaftlichen Umwandlungsprozesse im Inland erwähnt, jedoch wird ein klarer Hinweis auf den gegenteiligen Einfluß der Strukturreformen auf die FTA-Strategie vermieden, obwohl dieser eine entscheidende Rolle bei der Förderung der FTA-Strategie spielen könnte. Selbstverständlich läßt sich dies darauf zurückführen, daß die Politik der Industriestruktur nicht deutlich nachvollziehbar ist.<sup>19)</sup>

Mit dieser Lage hängt auch die Diskrepanz unter den Ministerien bzw. zwischen den Interessen im Inland zusammen. Im Folgenden werden dafür typische Beispiele aufgezeigt.

Erstens legt der zum METI gehörende "Unterausschuß für neue Wachstumspolitik der Beratungskommission für Industriestruktur" eine Perspektive für die zukünftige japanische Industriestruktur vor, die hauptsächlich vom sekundären Sektor getragen wird. Demzufolge



hätte die USA als Schlüsselwährungsstaat mit Hilfe ihres hochentwickelten Finanzsektors durch den Aktienmarkt Zugang zu einem enormen weltweiten Kapitalmarkt und könne so ihren Verbrauchern vermögenswirksame Leistungen anbieten. Darüber hinaus sei sie eine durch regen Privatverbrauch gekennzeichnete Dienstleistungswirtschaft. Im Gegensatz dazu müsse Japan weiterhin seine Stärke bei der Güterproduktion ausnutzen und die neue Nachfrage schaffenden, führenden Industriezweige erhalten, um so einem laufenden Bilanzdefizit zu entgehen.<sup>20</sup>) Diese Strategie, die im Grunde genommen auf der industriellen Produktion als Stütze japanischer Konkurrenzfähigkeit beruht, beinhaltet zum Teil positive Aspekte. Sie ist jedoch als Politik der Industriestruktur als zu einseitig einzuschätzen, weil sie sich ausschließlich auf die Industrieproduktion stützt.

Zum Zweiten werden dem EAsia-Forschungsteam vom *National Institute for Research Advancement* (NIRA) zufolge durch den unter Industrieländern am schnellsten fortschreitenden gesellschaftlichen Alterungsprozeß inländische Produktionen künftig durch den Mangel an Arbeitskräften mehr als bisher eingeschränkt. Es sei daher wichtig, in ostasiatische Länder, die noch immer über ein erhebliches Wachstumspotential verfügen, Kapital zu investieren, um durch die Nutzung ihrer Arbeitskräfte hohe Gewinne zu erzielen, die wiederum der japanischen Bevölkerung zu Gute kommt. Andererseits laufen die ostasiatischen Länder, die enge ökonomische Beziehungen mit Japan pflegen, und die bereits eine schwere Währungskrise erfahren haben, noch immer Gefahr, erneute in eine ähnliche Krise zu geraten.

Damit sei die Akkumulation der Währungsreserven in Japan die Kehrseite der Akkumulation externer Schulden in anderen ostasiatischen Ländern. Die multilateralen Partnerschaftsbeziehungen zwischen Japan und anderen ostasiatischen Ländern seien nicht ausreichend entwickelt. Angesichts der Bedeutung des ergänzenden Verhältnisses beider Seiten wirft dies die Zukunft Japans in ein sorgenvolles Licht. Es sei daher notwendig, einen entsprechenden Rahmen besonderes für die Verwendung japanischer Währungsreserven und dem damit verbundenen Finanzierungsvermögen, als auch für die regionale Koordination industrieller Entwicklungsprozesse in Gesamtostasien zusammen zu erstellen, um dadurch die stabile und anhaltende wirtschaftliche Entwicklung in Ostasien zu ermöglichen. Dazu bedarf es einerseits der Gründung einer "Organisation für kooperative Benutzung der Währungsreserven" als Folgeschritt auf die zur Zeit geführten bilateralen finanziellen

Kooperationsmaßnahmen (den Währungstauschvertrag), um so mobile finanzielle Unterstützung zu gewährleisten. Andererseits sei es unabdingbar, gemeinsame Maßnahmen wie etwa die Schließung des FTA-Vertrags und des Investitionsabkommens zu treffen. Dabei müsse Japan seinen großen Überschuß an Handelsbilanzen und übermäßigen Währungsreserven problematisieren, um diesen letztendlich abbauen und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzservicesektor stärken zu können. Dafür sei es erforderlich, den japanischen Inlandsmarkt weiter zu öffnen und Strukturreformen, wie z.B. eine Deregulierung durchzuführen, was eine Steigerung des Imports zur Folge haben würde. In Bezug auf die Sorge der Deindustrialisierung auf Grund der fortschreitenden FDI sollte man die den Marktmechanismus verzerrenden protektionistischen Maßnahmen beseitigen und die Sache den Unternehmen mit ihren globalen Standortstrategien überlassen.<sup>21)</sup>

Diese Auffassung schlägt im Gegensatz zu der des "Unterausschusses" den Strukturwandel Japans zum Rentnerstaat als Schlußstein für die regionale Sicherheitskontrolle vor. Dieser Vorschlag ist zwar sinnvoll, er überschätzt aber die japanische Wirtschaft als Finanzmacht. Andererseits macht diese Auffassung deutlich, daß der übermäßige Handelsüberschuß als problematisch gilt. Trotzdem ist es im Moment gefährlich und unpraktisch zugleich, Defizite in der Handelsbilanz zu akzeptieren und Ostasien den Industriesektor zu überlassen.

Drittens ist der "Bericht des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für "Deindustrialisierung" und Zollpolitik" zu überprüfen.

Angenommen, die Produktion von Gütern mit niedrigem Wert würde dem Ausland überlassen, und die Stärkung des Dienstleistungssektors im Inland wäre ein notwendiger Übergangsprozeß Japans zum "reifen Gläubigerland", so müßten dem Bericht zufolge geeignete Maßnahmen gegen das Problem der "Deindustrialisierung" getroffen werden, um einen reibungslosen Übergang Japans vom "unreifen Gläubigerland" zum "reifen Gläubigerland" voranzutreiben und der Umwandlung des Landes vom "reifen Gläubigerland" zum "Kredit abbauenden Land" vorzubeugen. Besonders da Japan keine Schlüsselwährung besitzt und an Material- und Nahrungsgüterimporte gebunden ist, sei es wichtig, die Internationalisierung des Yen voranzutreiben, um dadurch einen drohenden Absturz in eine defizitär-laufende Bilanz zu verhindern.

Dafür sei es am wichtigsten, die Versorgungskraft, d. h. die Produktivität der japanischen Wirtschaft zu versteigern. Dies ermögliche es immerhin, trotz der fortschreitenden

Standortsauslagerung das Tempo, mit dem die überschüssige Handelsbilanz verringert wird, herabzusetzen, die Dienstleistungsbilanz zu verbessern und das Vermehrungspotential inländischer Ersparnisse zu bewahren, und somit durch die FDI eine positive Einkommensbilanz zu erzielen.

Japan werde sich nicht wie beispielsweise Hongkong zu einem Land ohne nennenswerten Industriesektor entwickeln. Dagegen geht es im Industriesektor nun ums Überlebens. Dies soll auch im 21. Jahrhundert durch die Entwicklung hochwertiger Neuindustrie, -technologie, -materialien und -produkte gesichert werden, die es Japan ermöglichen sollen, eine weltmarktführenden Position einzunehmen. Dagegen sei die Kraft für technische Neuerungen, einschließlich deren Vermarktung sowie die Qualitätssteigerung im Dienstleistungssektor noch zu schwach, da sich ein Großteil des vorhandenen Potentials noch immer auf die Industrie konzentriert. Es sei daher wichtig, bei fortschreitender Umwandlung zur Dienstleistungswirtschaft das bisherige wissenschaftliche und technologische Potential Japans nutzbar zu machen, und damit nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Dienstleistung auf hochwertigere FuE-orientierte, Technologie- und Know-How-intensive Sektoren zu setzen.<sup>22)</sup>

Dieses Konzept enthält zwar richtungsbestimmende Faktoren sowohl vom "Unterausschuß" als auch vom EAsia-Forschungsteams, es tendiert jedoch eher zur zweitgenannten Richtung. Beide Richtungen sind zwar unterschiedlich, stellen jedoch keine Alternativen dar. Es gilt vielmehr zu überlegen, wie beide in koordinierter Form in wirtschaftspolitische Pläne konzipiert werden können, um so eine Produktivitätssteigerung beider Sektoren, d. h. der Industrie und der Dienstleistung zu gewährleisten.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß in Japan sehr unterschiedliche Standpunkte bezüglich der Politik der Industriestruktur existieren. Das auf Koodination dieser Standpunkte hin wirkende, verantwortliche und einheitliche Konzept der Strukturpolitik ist hiermit aber noch nicht vorgestellt. Diese Diskrepanz ist mit den unterschiedlich konzipierten Schritten für regionale Integrationsmaßnahmen gekoppelt. Die gravierenden Unterschiede in der Ausrichtung der Strukturpolitik behindern das Vorwärtskommen der Außenintegrationspolitik und stellen im Moment ein großes Hemmnis für die Umsetzung bestehender Integrationsmöglichkeiten dar. Eine diesbezügliche Initiative des Premierministers hätte unter diesen Umständen eine entscheidende Rolle spielen können. Leider ist jedoch dahingehend

noch nichts zu beobachten.

### **3.4 Probleme der Marktbefreiung von Agrarprodukten**

Die Probleme im Zusammenhang mit der Markttöffnung von Agrarprodukten gehören zu den wichtigsten Faktoren, die über das Gelingen der Integrationsbemühungen Japans in den ostasiatischen Raum entscheiden. Sie sind zugleich schwer koordinierbar.

Als künftige FTA- bzw. EPA Vertragspartner fordern die ostasiatischen Länder und Mexiko von Japan sowohl die Markttöffnung als auch die Liberalisierung von Agrarprodukten. Diesen Forderungen zum Trotz behält das Japanische MAFF als Entscheidungsträger die WTO-Verhandlungsrichtlinien bei der Tarifdiskussion für Agrarprodukte bei und lehnt weitere Maßnahmen zur Senkung bzw. zum Abbau des Zollltarifaufs der Ebene der FTA-Verhandlungen ab. Das MFA übernimmt diese MAFF Politik. 23) Demzufolge besteht die Möglichkeit, daß Japan bis zum erfolgreichen Abschluß der WTO-Agrarverhandlungen im Jahre 2005 keine Vereinbarung über Agrarverhandlungen für FTA/EPA treffen kann. Solange ASEAN die Liberalisierung des japanischen Agrarmarktes als unabdingbare Bedingung für künftige FTA-Verhandlungen betrachtet, bleibt die frühe Verwirklichung der Integration schwierig. Unter diesen Bedingungen ist es wahrscheinlich daß es zwischen China und ASEAN zum vorzeitigen FTA-Vertragsabschluß kommt, da China bereits eine Vereinbarung mit ASEAN über die gegenseitige Markttöffnung der Agrarprodukte vereinbart hat.

Auch bei den Agrarverhandlungen auf WTO-Ebene werden die Interessengegensätze zwischen den Mitgliedsländern deutlich. Die Cairns-Länder schlagen die Herabsetzung aller Tarife auf ein Niveau von unter 25%, und damit den weitgehenden Abbau der inländischen Unterstützung in fortgeschrittenen Ländern in einem Zeitraum von fünf Jahren vor. Ein weiterer Vorschlag von Seiten der Cairns-Länder betrifft Abschaffung der Ausfuhrsubvention. Sie kooperieren in dieser Hinsicht mit den USA, obwohl sie die amerikanische Agrarnovelle kritisieren.

Die USA machen einen über die Einigung der Uruguay-Runde hinausgehenden Vorschlag zur Liberalisierung. Diesem zufolge sollen binnen einer 5-Jahresfrist notwendige Maßnahmen für die Senkung aller bestehenden Zollltarife unter die 25 % Marke getroffen werden. Außerdem sollen der minimum access quantitativ um 20 % mehr als das derzeit pro Land gültige Niveau



gesteigert, der Tarifsatz innerhalb des *minimum access* abgeschafft, sowie AMS (*Aggregate Measure of Support*) durch inländische Unterstützung der Agrarproduktion eines Landes in Höhe von bis zu 5 % abgebaut werden.

Die meisten Entwicklungsländer fordern eine weitere Marköffnung und wirksame Maßnahmen, um durch die von anderen Ländern ausgehenden Agrarsubventionen keine Nachteile für die eigene Landwirtschaft erwachsen zu lassen. Die EG, deren Subventionsumfang im Exportbereich den der USA um mehr als das 70-fache übersteigt, zeigt zwar ein gewisses Verständnis für den Vorschlag dieser Länder zum Abbau derartiger Exportunterstützung, gleichzeitig spricht sie sich jedoch unter anderem auf WTO-Ministerkonferenzen entschieden für die Erhaltung der Exportsubventionen aus. Die EG legt außerdem Wert auf die NTC (*Non-Trade Concerns*) und verteidigt die darin enthaltenen Prinzipien sowohl bezüglich der Sicherheitsgarantie für Lebensmittel als auch der flexiblen Einzelbehandlung von Agrartarifen. Das japanische MAFF erachtet die NTC für wichtig und schlägt diesbezüglich das Verfahren des *market access* vor, wonach der durchschnittliche Satz zur Senkung der Gesamt-Agrarerzeugnisse und der Mindestsenkungssatz je Agrarprodukt festzusetzen ist, und ermöglicht jedem Land die Einrichtung eines flexiblen Senkungssatzes für Einzelprodukte innerhalb dieses Rahmens. Desweiteren ist die Modalität dem realen Produktions- und Verbraucherverhalten entsprechend je Produkt flexibel festzusetzen, sowie die Maßnahmeregelungen für Exportsubventionen und -beschränkungen zu verstärken, um diese in ein Gleichgewicht mit bestehenden Importbeschränkungsbestimmungen setzen. Das MAFF bringt zudem seinen Standpunkt gegen eine Erweiterung des *minimum access* für Reis, der in Japan als strategisches Agrarprodukt gilt, zum Ausdruck. 24)

Die Basis für den Standpunkt des MAFF bildet unter anderem die folgende politische Ausrichtung: (a) Japan ist Weltspitze im "Reinimport" von Agrarprodukten. Damit gilt der japanische Agrarmarkt als besonders offen. Außerdem führt Japan zur Zeit grundlegende Agrarreformen durch. Auf Grund seiner geographischen Lage, der Bevölkerungsdichte, der bestehenden Agrarstruktur, des Grundstückspreises sowie der Handels- und Verteilungsstruktur sind der Kostenverminderung jedoch Grenzen gesetzt. Unter diesen Bedingungen kann ein Agrarprodukt allein durch die Bemühungen des primären Sektors keine Konkurrenzfähigkeit erlangen; (b) Der Selbstversorgungssatz von Lebensmitteln in

Japan sank im Jahre 2000 auf nahezu 40 % (je nach Kaloriengehalt), und der von Getreide sogar auf 28 % und fielen auf das niedrigste Niveau unter fortgeschrittenen Ländern, was einer Umfrage zufolge dem Großteil der japanischen Bevölkerung Sorgen bereitet. Sollte Japan eine Entscheidung zur Marktöffnung treffen, dann bestünde die Möglichkeit, daß der Selbstversorgungssatz von Lebensmitteln auf 17% steil abfallen würde. Ergebnisse einer langfristigen Vorausberechnung über die zu erwartende Entwicklung des Konsumverhaltens, des demographischen Trends der Weltbevölkerung wie auch der verfügbaren landwirtschaftlichen Anbaufläche lassen auf mittel- und langfristige Sicht eine Lebensmittelknappheit befürchten, da diesen Prognosen zufolge das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage verloren ginge. Aus diesem Grund zielt Japan auf einen 50 % igen und langfristigen Selbstversorgungssatz an Lebensmitteln, und somit auf den weiteren Erhalt und die Steigerung inländischer Produktionen. Darüber hinaus soll die stabile Lebensmittelversorgung durch eine geeignete Kombination von Einfuhr und Lagerung auch für Notfälle gesichert werden. 25)

Dieser Standpunkt stößt jedoch im Inland sowohl in Regierungskreisen als auch im Privatwirtschaftssektor auf heftige Kritik. Wichtige Kritikpunkte lauten wie folgt:

- (1) Der Agrarprotektionismus ist der Grund für die verspätete Strukturreform. Diese für eine Erhöhung der Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit entscheidende Reform könne jedoch unter dem Einfuhrdruck von Agrarprodukten vorangetrieben werden;
- (2) Ohne Tarifverhandlungen für Agrarprodukte ist von den Partnerstaaten keine Zustimmung zu einer Intensivierung der wirtschaftlichen Kooperation zu erwarten. Das Nichtzustandekommen eines FTA-Abkommens auf Grund des hemmenden Agrarprotektionismus' hat überdies einen stark negativen Einfluß auf die Wiederbelebung der japanischen Wirtschaft.
- (3) Als geeignete Maßnahme für die Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit steht nicht etwa der Schutz inländischer Landwirtschaft im Mittelpunkt, sondern vielmehr die Dispersion der Einfuhrpartner aus Übersee, sowie die mit Strukturreformen verbundene Vorratsschaffung. Dafür müssen Maßnahmen zur Versorgungseinschränkung für Exportländer, wie etwa Exportsteuer oder Quantitätseinschränkungen, verboten werden. 26)

Die Allgemeine Konferenz für Regulationsreformen, die im April 2001 vom Kabinettsamt gegründet wurde, bemüht sich um die Abschaffung von Vorzugsmaßnahmen für die

Agrargenossenschaft durch eine Änderung des Monopolgesetzes. Nach Auffassung der Konferenz verdrehe der starke Einfluß der Agrargenossenschaft das Marktprinzip, was zur Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft führe. Um dies zu vermeiden, müsse die Landwirtschaft durch die Förderung des Neuzutritts unter anderem von Privatunternehmen neu belebt werden. 27)

Auf der Grundlage dieser Bedingungen einigten sich Agrarminister Ohshima und EG-Agrarminister Fischler in Agrarverhandlungen mit der WTO immerhin auf den Grundsatz, die Kooperation in WTO-Agrarverhandlungen weiter zu vertiefen und den amerikanischen Standpunkt zu konfrontieren. Die Kooperation mit der EG hat eine beachtliche strategische Bedeutung für den Erfolg und Mißerfolg von Japans FTA-Politik in Ostasien. Es ist jedoch nicht sicher, ob die Kooperation zwischen Japan und der EG weiterhin erhalten wird. Die EG verhält sich gegenüber einer übereilten Liberalisierung zurückhaltend; sie hat jedoch im Hinblick auf die finanzielle Last im Zusammenhang mit ihrer *Common Agricultural Policy* (CAP) ein Motiv zur Weiterführung der WTO-Verhandlungen. 28)

Über diese Sachlage lassen sich nun folgende Betrachtungen anstellen.

Mit Bezug auf die Lebensmittelsicherheit als einen Schwerpunkt japanischer Agrarpolitik ist es zweifellos wichtig, die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Landwirtschaft zu steigern. Beispielsweise ist die Existenz einer konkurrenzfähigen Landwirtschaft ausschlaggebend für den Erhalt guten Ackerbodens und damit für die "Gewährleistung und Erhöhung des Selbstversorgungssatzes im Inland". Dennoch ist es schwierig, die Lebensmittelsicherheit nur durch Liberalisierungsmaßnahmen zu realisieren. Einer Überschlagsrechnung zufolge würde die Selbstversorgungsrate bei Reis auf 65% sinken, sollte der Tarifsatz für Reis von 300 % auf 0% herabgesetzt werden. Eine totale Liberalisierung des Reismarktes würde demnach nicht nur die Verwirklichung des gesetzten Zieles einer erhöhten Selbstversorgungsrate behindern, sondern gleichzeitig die potenzielle Produktionsfähigkeit beeinträchtigen

Es müssen vor allem auch "zuverlässige Maßnahmen zur Sicherung einer stabilen Lebensmitteleinfuhr" getroffen und verstärkt werden, was nicht unbedingt mit der Behauptung der Liberalisierung begründet werden muß. Eine sichere Prognose dafür aufzustellen ist jedoch aus folgenden Gründen problematisch. Erstens kann ein mittel- und langfristiges Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage für Getreide weltweit den Getreidemarkt verunsichern, vor allem aber die Besorgnis um die Getreideversorgung und die

harte Konkurrenz um die Sicherstellung des Getreides entstehen. Zum Zweiten kritisieren die Exportländer die Stützung Japans auf ein staatlich verwaltetes Handelssystem als ein NTB (Non Tariff Barriers). Es hängt von den Verhandlungsverläufen der WTO *Doha Agenda* ab, ob Japan diese wichtige Stütze auch in Zukunft erhalten bleibt. Diese Ungewissheit trägt hierzulande zur Verunsicherung bei. Drittens hängen jegliche Maßnahmen zur Absicherung des Imports im Grunde genommen von den Getreide-produzierenden und –ausführenden Ländern ab. Die Maßnahmen stehen nicht nur unter dem Einfluß dieser Länder, etwa durch den Produktionsstandort bestimmende technische Faktoren; sie sind gleichzeitig durch die existierende Lebensmittelpolitik auf Grund finanzieller Defizite bedingt, wie etwa den Anbau- bzw. Vorratsbeschränkungen. Eine politische Maßnahme wäre ein Ausfuhrverbot, wie etwa das Getreideausfuhrverbot, daß 1980 von den USA gegen die Sowjetunion verhängt wurde.

Mit dem WTO-Beitritt besteht die Möglichkeit, daß China die Getreideeinfuhr aus den USA steigert, während der Ausfuhrdruck arbeitsintensiver chinesischer Agrarprodukte nach Japan verstärkt würde. Dies könnte zu einem "dreiseitigen Abhängigkeitsverhältnis zwischen den USA, China und Japan" führen. Es wäre nicht undenkbar, daß China dieses Verhältnis gegen Japan politisch ausnutzen könnte. Viertens enthält das WTO-Agrarabkommen keine nennenswerten Regelungen gegen eine Ausfuhrbeschränkung bzw. –steuer durch das Getreide-exportierende Land und reagiert damit nicht auf die problematischen staatlichen Ausfuhrmaßnahmen. Da die Maßnahmen zur Sicherung exportierter Agrarprodukte in den meisten Fällen auf individuellen, nicht immer bindenden Abkommen zwischen betreffenden Ländern beruht, kann dem Ausfuhrland auch keine Ausfuhrpflicht auferlegt werden. Diese Maßnahme erweist sich besonders im Zusammenhang mit Notfällen als problematisch und bietet ebensowenig eine Sicherheit für die mittel- und langfristige stabile Versorgung mit Agrarprodukten.<sup>29)</sup> Es gibt also verschiedene Faktoren, die die garantiert sichere Lebensmitteleinfuhr gefährden. Aus diesem Grund sind agrarpolitische Maßnahmen unentbehrlich, um den Erhalt und die Erweiterung der Lebensmittelversorgung im Inland zu gewährleisten.

In Bezug auf Maßnahmen für FTA steht die amerikanische Politik der de facto Stapelung zur Unterstützung durch die Agrarnovelle vom Mai 2002 in ihrer nationalen Ausrichtung nicht im Widerspruch zu der von ihr vorgebrachten Forderung an die EG und Japan, die



Liberalisierung von Agrarprodukten für einzuleiten.

Die Öffnung des japanischen Agrarmarktes bietet keine Garantie dafür, daß der ausländische Markt für besonders konkurrenzfähige japanische Exportwaren entsprechend geöffnet wird, wie Nippon Keidanren es erwartet. Der Behauptung, die Liberalisierung des japanischen Agrarmarktes setze die Einhaltung des Liberalisierungsprinzips durch jedes Land voraus, fehlt jegliche realpolitische Erkenntnis der Situation. Ein Überschlag zeigt, daß der durch die Öffnung des japanischen Reismarktes erzielte Effekt für Japan und das Ausland unbedeutend wäre. Es darf nicht übersehen werden, daß Japan damit immer stärker in das bereits erwähnte "dreiseitige Abhängigkeitsverhältnis zwischen den USA, China und Japan" geraten würde und damit Gefahr liefe, eine untergeordnete Position in Fragen der Sicherheitspolitik akzeptierten zu müssen. 30)

Der Gefahr, daß die Landwirtschaft zum Hindernis wirtschaftlicher Kooperation werden könnte, kann durch einen flexiblen Entwurf der FTA bzw. des EPA bis zu einem gewissen Grad vorgebeugt werden. Angesichts des chinesischen Wirtschaftsaufschwungs erwartet ASEAN scheinbar weitere Kooperationsabkommen mit Japan nicht nur zur Bereicherung der Landwirtschaft, sondern vielmehr der Industrie. Aus dieser Perspektive heraus erscheint die Reaktion des thailändischen Premiers, Shinawatra, auf den beim Gipfeltreffen zwischen Japan und Thailand im April 2002 durch Premier Koizumi gebrachten Vorschlag, weitere Bereiche für bilaterale Kooperationsmöglichkeiten zwischen beiden Ländern zu untersuchen, verständlich: Demzufolge würde der Vorschlag vom Arbeitsausschuß vor allem im Hinblick auf mögliche Kooperationsbereiche geprüft.<sup>31)</sup> Es wäre daher naiv und übertrieben, die Agrarfrage als Hindernis für ein FTA bloß zu stellen. Auch für den Fall, daß Japan keinen Kompromiß im Bereich der Landwirtschaft eingehen kann, kann es im Industriebereich mit ASEAN kooperieren. Falls es unvermeidbar ist, dem Handelspartner von Agrarprodukte das entsprechende Zugeständnis zu machen, so können zumindest Ausnahmeregelungen für bestimmte Agrarprodukte getroffen oder der Termin für das Inkrafttreten von Maßnahmen verschoben werden, wie dies der Fall bei der bestehenden FTA, z.B. der NAFTA oder AFTA ist. Maßnahmen mit einzelnen Partnerstaaten, wie etwa zur Tarifsenkung bestimmter Produkte, oder alternative Kooperationsvorschläge z.B. im Bereich der Landwirtschaft können also unterbreitet werden. 32) Auch China ist nicht bereit, ASEAN seinen Markt der Agrarprodukte bedingungslos zu öffnen. Vielmehr sieht es die Verhandlungen mit ASEAN

über die Einschränkung der Vertragsanwendung auf einzelne Bereiche vor.

Ein Problem besteht darin, daß trotz konkreter Verhandlungen noch nicht erkennbar ist, wie und in welchem Umfang die japanische Regierung kompromißbereit ist. Die Schwäche Japans in diesem Punkt liegt darin, kein numerisches Ziel als klare Alternative zur Ausfuhr offensive stellen zu können. Ein japanischer Verhandlungsteilnehmer verteidigte den japanischen Standpunkt mit der Begründung, daß eine genannte Zahl unweigerlich als Ausgangspunkt für Verhandlungen betrachtet, und im Inland als endgültige Konzessionsgrenze angenommen werden würde. Aus diesem Grund könne die japanische Verhandlungsposition nicht geändert werden.<sup>33)</sup> Zwei wichtige Gründe dafür sind sowohl die Überbrückung der Interessengegensätze zwischen den verschiedenen Lagern bezüglich der Agrarmarktf Frage, als auch die darauf beruhende Konsensbildung in den Regierungsbereichen, die es noch zu verwirklichen gilt.

### **3.5 Chinapolitik**

Zum Ende wird die Frage nach der aktuellen Lage der chinesischen Wirtschaft, die zweifellos einen starken Einfluß auf die Integrationsmöglichkeiten Japans im ostasiatischen Raum ausübt, sowie die Frage nach entsprechenden im Zusammenhang mit der Behauptung von der "Bedrohung durch die chinesische Wirtschaft" stehenden Maßnahmen behandelt.

Die eben zitierte Behauptung gilt aus folgenden Gründen als bedeutend: Erstens drängt China einerseits mit seiner Ausfuhr von Billigwaren, ermöglicht sowohl durch das riesige Potenzial an Niedriglohnarbeitskräften als auch durch die Erweiterung des High-Tech-Sektors, die japanische und ostasiatische Wirtschaften in ein "Deflationsloch". Andererseits lenkt es durch seine starke Anziehungskraft als Produktionsstandort und Großmarkt riesige und steile Investitionsverschiebungen ins eigene Land und verursacht eine Abhängigkeit anderer Länder von China. Es trägt damit auch zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der japanischen und ostasiatischen Wirtschaften bei, bedingt auch durch die Ausbreitung chinesischer Unternehmen in Ostasien. Zweitens rücken mit einer sich vertiefenden wirtschaftlichen Abhängigkeit zwischen Japan und China a) das Problem der Verletzung des Patentrechtes in China, b) die Gefahr einer plötzlichen politischen Kursänderung der chinesischen Regierung oder der Kommunalverwaltung, und c) die Gefahr der Handelsfrktion und andere in den Vordergrund. Drittens verbessert sich das bereits enge Verhältnis zwischen den USA und

China durch China's Entwicklung zur Großwirtschaftsmacht weiter. China's Strategie, durch verschiedene Begünstigungen für ASEAN die Führung bei der Schließung des FTA-Abkommens mit ASEAN, und damit auch die Führung bei der wirtschaftlichen Kooperation im gesamtostasiatischen Raum zu übernehmen, wird eifrig verfolgt. Japan nahm dagegen die FTA-Integrationsbemühungen mit ASEAN, die den Kern der Integration in Ostasien bilden, nur verzögert in Angriff und kann diese Verzögerung noch nicht wieder aufholen. Angenommen, die begonnenen Verhandlungen des FTA-Vertrages zwischen Japan und ASEAN verliefen nicht positiv und Japan und Korea würden sich am vorzeitig geschlossenen FTA-Vertrag zwischen China und ASEAN beteiligen, dann würde die japanische Führung bei der Ostasienintegration in den Schatten der chinesischen geraten und Japan immer mehr an Gewicht in Ostasien einbüßen – trotzdem es immerhin einer Gefahr der Isolation abgelenkt hätte.<sup>34)</sup>

Es gibt natürlich auch Gegenargumente. Erstens ist es darauf aufmerksam zu machen, daß durch die Verstärkung des durch den WTO-Beitritt Chinas ausgelösten Konkurrenzkampfes zwischen den Unternehmen sich deren rote Zahlen um 60 % vermehren; daß China auch außer der schlechten Anleihen noch mit anderen schwerwiegenden Problemen, wie z.B. extreme regionale Unausgeglichenheit, zu kämpfen hat; daß der Anteil des Fremdkapitals in China stets die 10 %-Marke des Gesamtanlagekapitals erreicht; daß auf Grund der hohen Exportabhängigkeit des Landes ein etwa 50 %iger Exportanteil an Fremdunternehmen fällt, und damit große Summen an Dividenden und anderen Einkommen nach Übersee transferiert werden. Die chinesische Wirtschaft unterliegt außerdem einer Struktur, wonach eine Steigerung des Warenexports in jedem Fall eine Steigerung des Imports nach sich zieht, Dies betrifft besonders den High-Tech-Handel.

Zweitens machte die japanische FDI an China im Jahre 2000 nur 2 % vom gesamten FDI Japans aus, sowie nur 0.02 % vom japanischen GDP, was jedoch die ökonomische Schwächung – etwa die Aushöhlung – Japans kaum erklärt. Zwar verzeichnet die japanische Handelsbilanz gegenüber der chinesischen ein Defizit; im Jahre 2001 konnte sie jedoch noch immer einen Überschuß gegenüber dem großchinesischen Raum, einschließlich Hongkong und Taiwan, aufweisen. Auch lag der Konkurrenzsatz zwischen der chinesischen und der Wirtschaft ASEANs im Jahre 2000 bei fast 100 %, während er zwischen der japanischen und chinesischen Wirtschaft im gleichen Jahr bei 20%, und damit viel niedriger lag. Das

gegenseitige ökonomische Interdependenzverhältnis (Die quasi vertikale internationale Arbeitsteilung) zwischen Japan und China sowie zwischen Japan und ASEAN wird zumindest in den kommenden zehn Jahren unverändert bleiben. Laut Weltbank lag das GNP von China im Jahre 2000 bei nur etwa einem Viertel dessen von Japan, und der Anteil Japans am GDP Ostasiens lag sogar um 71%, während der von China rund 16% einnahm. Diesbezüglich existiert ein großer Unterschied zwischen beiden Ländern.

Drittens bestand bezüglich der Handelsbeziehungen zwischen Japan, China und ASEAN im Jahre 2000 sowohl beim Gesamthandel als auch beim Handel von Halbfabrikaten ein stärkeres gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen Japan und ASEAN als es zwischen Japan und China der Fall war. Die Abhängigkeit zwischen Japan und ASEAN verstärkte sich sogar zunehmend. Die FDI Japans in ASEAN lag im selben Jahr immer noch über der von China. Japan ist ASEANs wichtigster ODA (*Official Development Assistance*) -Partner; außerdem leisteten japanische Unternehmen umfangreiche technische Unterstützung für ASEAN-Länder, einschließlich der Ausbildung von Arbeitskräften. Zudem gewährte die japanische Regierung den ASEAN-Ländern sofort nach der Asienkrise eine riesige Summe an finanzieller Unterstützung.

Viertens versucht Japan durch die Strategie der beschleunigten, frühzeitigen Schließung des Abkommens der FTA bzw. des EPA seine Rückstellung gegenüber China einzuholen. Unter dieser Zielsetzung kommen den bereits bestehenden engen Beziehungen zwischen Japan und ASEAN eine entscheidende Bedeutung zu. Zudem satteln die ASEAN-Länder nicht von Japan auf China als wirtschaftlichen Kooperationspartner um. Die japanische Strategie entspricht zum Teil den Erwartungen ASEANs, solange ASEAN wegen der wirtschaftlichen Ausdehnung Chinas gewissermaßen beunruhigt ist.

Fünftens werden die Verhandlungen von FTA zwischen China und ASEAN nicht immer harmonisch bzw. unproblematisch verlaufen, da die Maßnahmen zur Marktöffnung für Agrarprodukte von nun an auf Einzelgegenstände in den jeweiligen Bereichen begrenzt werden. Damit wird der Umfang der Senkung des Agrarzolls seitens von China ziemlich eingeschränkt werden, was für die ASEAN-Länder nicht gerade sehr erfreulich sein wird. Der Außenhandel wird sowohl von ASEAN als auch von China unter einem ausgeprägten Konkurrenzverhältnis betrieben werden. Anders als mit Japan ist eine Kooperation mit China im Bereich der Industrie, der Technologie und Investition für ASEAN weniger attraktiv. 35)

Es scheint, daß sowohl die Argumente für eine "Bedrohung durch die chinesische Wirtschaft" als auch diesbezüglich bestehende Gegenargumente teilweise zutreffen. Es ist jedoch darauf aufmerksam zu machen, daß die analysierten Gegenargumente lediglich im Zusammenhang mit der aktuellen Situation der chinesischen Wirtschaft dargelegt werden. Mit Gewißheit wird China in absehbarer Zukunft, etwa in den kommenden zehn Jahren, seine Position als wirtschaftliche Großmacht festigen und wesentlich verstärken, und in einer immer enger werdenden wirtschaftlichen Interdependenz mit Japan und die ostasiatischen Länder einen immer grösseren Einfluß auf diese Länder haben. In dieser Hinsicht wäre es sicher unvernünftig, die Argumente für eine "Bedrohung durch die chinesische Wirtschaft" einfach zu ignorieren.

Angesichts dieser Sachlage ist es aus strategischer Sicht unerläßlich, daß Japan einerseits die Produktivitätssteigerung durch die Prozeß- und Produktinnovation im Inland unermüdlich vorantreibt, um die gegenseitige Abhängigkeit zwischen der eigenen und der chinesischen Wirtschaft zu seinen Gunsten weiter aufrecht zu erhalten; daß es andererseits aber auch die Schließung des FTA-Abkommens bzw. des EPA oder sonstiger Kooperationsabkommen sowohl mit Korea als auch mit den ASEAN-Ländern so schnell wie möglich verwirklicht und damit einen Vorsprung zu China gewinnt, um den Einfluß Chinas in Ostasien relativieren und China künftig in den Rahmen multilateraler wirtschaftlicher Kooperationsformen im ostasiatischen Raum integrieren zu können. Schließlich muß Japan danach streben, China unter Beobachtung der Progression der Abschaffung von Handels- und Investitionshindernissen nach WTO-Regelungen mittel- und langfristig in die FTA bzw. ins EPA im Rahmen von ASEAN + 3 einzuplanen und dadurch die wirtschaftlichen Beziehungen mit diesem Land zu erweitern, wie dies "Japans Strategie der FTA" vorsieht. Diese Ausrichtung erzeugt auch eine Entspannung der Haltung ASEANs, die letztendlich der politischen Sicherheit und wirtschaftlichen Entwicklung im Gesamtostasiatischen Raum dient. Letztendlich liegt es bei Japan, dafür notwendige Vorbereitungen zu treffen. Angesichts eines fehlenden politischen Konsens stößt das Land jedoch erneut auf Schwierigkeiten.

### **Zusammenfassung**

Die Chance, daß Japans Bestreben zur Befreiung aus der Isolation erfolgreich verläuft und es damit sein Integrationsvorhaben im ostasiatischen Raum verwirklichen kann, und daß es nicht

zur "abhängigen Variablen" durch ein vorzeitig geschlossenes wirtschaftliches Partnerschaftsabkommen zwischen China und ASEAN wird, hängt unter anderem davon ab, ob die Richtlinien der Innen- und Außenwirtschaftspolitik klar konzipiert und im innenpolitischen Konsens einheitlich vorangetrieben werden. Überdies ist es wichtig, die diplomatischen Beziehungen weiter zu pflegen, um durch einen möglichst rechtzeitigen FTA bzw. EPA Abschluß mit Korea oder ASEAN eine Abhängigkeit von China zu verhindern. In Bezug auf die Politik der Industriestruktur im Inland soll Japan den Weg in die Zukunft so bestimmen, daß nicht nur der Dienstleistungssektor, sondern auch der Industrie- und Agrarsektor beibehalten, und überdies, diese drei Sektoren unter Rücksichtnahme auf eine interdependente internationale Arbeitsteilung neben- und miteinander entwickelt werden. Dafür bedarf es einerseits der Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Wirtschaft. Andererseits muß die Herausbildung dieser Wettbewerbsfähigkeit unter einem realpolitischen Standpunkt geschehen.

Für eine erfolgreiche Entwicklung der wirtschaftlichen Situation müssen die Ministerien und Interessenlager bei der Abstimmung bzw. Koordination ihrer jeweiligen Ausrichtungen zusammenwirken und künftig eine möglichst gemeinsame Integrationsstrategie verfolgen. Es muß jedoch festgestellt werden, daß Japan auf diese Prozesse noch unzureichend vorbereitet ist. Ob es in der Lage ist, ein klares und zeitgemäßes Konzept herauszubilden, wird die Zukunft zeigen.

- 1) Urata, Hidejiro und das Japan Center for Economic Research (JCER) (Hrsg.), 『日本の FTA 戦略』 (*Japans FTA-Strategie*), Nippon-Keizai-Shinbunsha, 2002. Nach METI setzt das EPA (Economic Partnership Agreement) neben der vereinbarten gegenseitigen Herabsetzung der Zollarifes als wichtigsten Faktor des FTA-Abkommens setzt die Kooperation in umfassenden Bereichen wie z. B. der Dienstleistung, der Investition, der Konkurrenz, der friktionslosen Mobilität der Menschen, der e-commerce und der Harmonisierung sonstiger wirtschaftlichen Institutionen zum Ziel. 「経済連携協定について」 (Über das Economic Partnership Agreement): [http://www.meti.go.jp/policy/trade\\_policy/epa/index.html](http://www.meti.go.jp/policy/trade_policy/epa/index.html). 2) Handelsstatistik(「貿易統計」), hrsg. vom Ministry of Finance (MoF), zit. bei: 「日本の FTA 戦略」 (*Japans Strategie der FTA*), hrsg. vom Wirtschaftsamt des MFA (外務省経済局), Oktober 2002.
- 3) Japans Strategie der FTA.
- 4) Kitano, Mitsuru, Gaiko Sai-tenken. No.3: Burunei kara no Shogeki – Tounan-Ajia Seisaku wo megutte (Der Shock aus Burunei – über die Ostasienpolitik), [http://www.rieti.go.jp/users/foreign-policy/01003\\_1.html](http://www.rieti.go.jp/users/foreign-policy/01003_1.html); Suehiro, Hiroshi und Yamakage, Susumu(Hrsg.), 『アジア政治経済論』 (*Politik und Wirtschaft in Asien*), NTT-Verlag, 2000; Nippon Keiza Shinbun(NKS), 31. Mai, 6. und 9. November 2002.
- 5) FACT SHEET: Bush Announces Enterprise for ASEAN Initiative, United States Embassy, Tokyo, Japan

- (<http://usembassy.state.gov/tokyo/wwwhglo20021028a5.html>)
- 6) Japan People(「人民網日本語版」), 7. Nov. 2002 ([http://j.people.ne.jp/2001/11/07/jp20011107\\_11072.html](http://j.people.ne.jp/2001/11/07/jp20011107_11072.html)); 「中国研究報告書・緊密化する米中・浮標する日本—三国関係と日本の活路—」(Untersuchungen über China: Verstärkte Beziehungen zwischen USA und China und Schwebender Japan), hrsg. v. JCER, Mai 2002; NKS, 29. Mai, 18. September, 5. und 8. November 2002; Urata u. a.(Hrsg.), *Japans FTA-Strategie*.
  - 7) NKS, 21. Oktober 2002.
  - 8) Kitano, Gaikou Sai-Tenken; NKS, 5. November 2002.
  - 9) 「ASEAN+3 における地域金融協力」(Regionale Finanzkooperation in ASEAN+3), hrsg. vom Amt für internationalen Angelegenheiten des MoF, 17. Juni 2002; 「銀行、証券、保険分野の協力」(Kooperation der Banken-, Wertpapier- und Versicherungssektoren), hrsg. v. Finanzamt, 17. Juni 2002; Suehiro u. a.(Hrsg.), *Politik und Wirtschaft in Asien*; NKS, 11, 12. und 22. Mai, 5. und 11. November 2002; Kitano, Gaikou Sai-Tenken; 「「産業空洞化」と関税政策に関する研究会座長報告」(Bericht des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft über die “Deindustrialisierung” und Zollpolitik), 12. Juli 2002: <http://www.mof.go.jp/singikai/sangyokanze/tosin/sk1406.htm>.
  - 10) 「日韓 FTA 構想のこれまでの経緯」(Bisherige Verläufe der Konzeption von FTA zwischen Japan und Korea), 経済産業省地域協力課(hrsg. vom Amt für regionale Kooperation des METI, Juni 2002: [http://www.meti.go.jp/policy/trade\\_policy/asia/s\\_korea/html/fta\\_keii.html](http://www.meti.go.jp/policy/trade_policy/asia/s_korea/html/fta_keii.html); NKS, 29. Mai und 5. November 2002.
  - 11) 『通商白書 2002』(*Weißbuch der Handelspolitik 2002*), hrsg. v. METI, Juli 2002.
  - 12) *Weißbuch der Handelspolitik 2002*; 首相官邸・日・ASEAN 包括的経済連携構想を考える懇談会・各回議事次第 Protokolle der informellen Versammlung für das Konzept des umfassenden EPA zwischen Japan und ASEAN; 「自由貿易協定等の経済連携と関税政策」(Ökonomische Kooperation wie FTA und anderen und die Zollpolitik), 財務省関税局(hrsg. v. Zollamt des MoF): <http://www.kantei.go.jp/jp/singi/asean/kaisai.html>; Bericht über die “Deindustrialisierung” und Zollpolitik.
  - 13) Japans Strategie der FTA.
  - 14) Japans Strategie der FTA.
  - 15) 「自由貿易協定を巡る最近の情勢と関税政策の対応のあり方に関する企画部会長報告」(Bericht des vorsitzenden des Unterausschusses der Projektierung für die gegenwärtige Lage um FTA und die zollpolitische Maßnahmen, 関税・外国為替等審議会・関税分科企画部会, 3. Dezember 2001; 経団連クリップ(Keidanren-Klammer), No.129, 27. Juli 2000; *Weißbuch der Handelspolitik 2002*; 「経済活性化戦略(案)」(Strategie der Wiederbelebung der Wirtschaft - Entwurf), 経済財政諮問会議(hrsg. v. des Sachverständigenrates für die Beratung über Wirtschaft und Finanzen), 3. Juni 2002 :<http://www5.cao.go.jp/shimon/#kouhyou>.
  - 16) Urata u.a.(Hrsg.), *Japans FTA-Strategie*; NKS, 10. April, 30. Juni, 11. Juli, 14. September, 28. Oktober, 5. und 6. November 2002.
  - 17) 「日・ASEAN 経済連携協定構想を考える懇談会」(第5回)(5. Sitzung der informellen Versammlung für das Konzept), 「中間報告」(Zwischenbilanzbericht), Oktober 2002.
  - 18) Bericht über die “Deindustrialisierung” und Zollpolitik; Urata u.a.(Hrsg.), *Japans FTA-Strategie*.
  - 19) Strategie der Wiederbelebung der Wirtschaft – Entwurf.
  - 20) 「アジアを中心とした国際分業の現状と課題」(Die gegenwärtige Lage und Aufgabe der internationalen Arbeitsteilung um Asien), 産業構造審議会新成長政策部会(hrsg. v. Arbeitsausschusses für neue Wachstumspolitik von der Versammlung der Insutriestruktur), 20. September 2001.
  - 21) NIRA・EAsia-Forschungsteam (Hrsg.), 『東アジア回廊の形成』(*Die Herausbildung des Ostasienkorridors*), Nippon Keizai Shinbunsha, 2001; 『NIRA 研究報告書・東アジアにおける通貨



- 政策の連携とその深化』(Monetary Policy Cooperation in East Asian and Its Deepening Relationship), NIRA Research Report No. 20010016, National Institute for Research Advancement, 2001.
- 22) Bericht über die "Deindustrialisierung" und Zollpolitik.
  - 23) 「WTO 農業交渉をめぐる状況について」(Zur Lage der Agrarverhandlungen der WTO), 農林水産省(hrsg. vom MAFF), Juli 2002.
  - 24) Zur Lage der Agrarverhandlungen der WTO; Japans Strategie der FTA; NKS, 21. Juni, 26. und 31. Juli und 1. Oktober 2002.
  - 25) Der Standpunkt vom MAFF beruht auf dem bereits im März 2000 erstellten "Grundprogramm für Lebensmittel, Landwirtschaft und -gemeinschaft" (Zur Lage der Agrarverhandlungen der WTO); Itoh, Motoshige + Ithos Forschungskreis, 『日本の食料問題を考える—生産者と消費者の政治経済学—』(Zur Frage der Lebensmittel in Japan: Politische Ökonomie der Produzenten und Verbraucher), NTT-Verlag, 2002; James R. Simpson 『これでいいのか日本の食料』(Nachdenken über Japans Lebensmittel), Ienohikari-Kyokai, 2002.
  - 26) Siehe Protokolle der informellen Versammlung für das Konzept.
  - 27) 「平成 14 年度・第 10 回総合規制改革会議・議事概要」(Protokolle der 10. Sitzung der Konferenz für die allgemeine Reform der Regulation).
  - 28) 「WTO 農業交渉コーナー」(Ecke für Agrarverhandlungen der WTO), hrsg. v. MAFF: <http://www.maff.go.jp/wto/>.
  - 29) Itoh, Motoshige u.a., *Zur Frage der Lebensmittel in Japan*.
  - 30) Untersuchungen über China, hrsg. v. JCER.
  - 31) NKS, 5. April 2002.
  - 32) Urata u. a.(Hrsg.), *Japans FTA-Strategie*; Untersuchungen über China, hrsg. v. JCER.
  - 33) NKS, 1. Oktober 2002.
  - 34) Untersuchungen über China, hrsg. v. JCER; Urata u.a. (Hsg.), *Japans FTA-Strategie*.
  - 35) Protokoll der 3. Sitzung der informellen Versammlung für das Konzept, Oktober 2002; 「東アジアビジネス圏について」(Zum Businessraum in Ostasien), hrsg. v. Amt der Handelspolitik vom METI, 17. Juni. 2002; Urata u.a. (Hsg.), *Japans FTA-Strategie; Weißbuch der Handelspolitik 2000*, hrsg. v. METI, 2000.